

## A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)  
– Drucksache 17/12742 –

### Verfassungsschutzbericht 2019 – Linksextremisten in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/12742** – vom 20. August 2020 hat folgenden Wortlaut:

Die Fragen der Kleinen Anfrage – Drucksache 17/12042 – vom 11. Juni 2020 wurden seitens der Landesregierung nicht alle beantwortet. So wurde auf die Frage, welche anderen politischen Parteien/Gruppierungen an Demonstrationen in den Jahren 2019 und 2020 in Rheinland-Pfalz teilgenommen haben, auf denen linksextremistische Personen vertreten waren, geantwortet, dass Informationen über andere politische Parteien oder Organisationen und deren Aktivitäten nicht erhoben werden. Der Landesregierung war es aber in der Vergangenheit möglich, diese Frage zu beantworten. So wurde die Frage, welche anderen politischen Parteien/Gruppierungen an Demonstrationen in den Jahren 2017 und 2018 in Rheinland-Pfalz teilgenommen haben, auf denen linksextremistische Personen vertreten waren, vonseiten der Landesregierung ausreichend beantwortet (vgl. Kleine Anfrage – Drucksache 17/8779 – vom 4. April 2019).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche anderen politischen Parteien/Gruppierungen haben an Demonstrationen in den Jahren 2019 und 2020 in Rheinland-Pfalz teilgenommen, auf denen linksextremistische Personen vertreten waren (bitte nach Örtlichkeiten und Veranstalter aufgliedert)?
2. Wie viele der 33 ermittelten Tatverdächtigen, die im Jahr 2019 laut „Kriminalpolizeilichem Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ dem Phänomenbereich „Links“ zugerechnet werden, wurden auch tatsächlich verurteilt?
3. Wie viele der sieben ermittelten Tatverdächtigen, die bis zum 15. Juni 2019 laut „Kriminalpolizeilichem Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ dem Phänomenbereich „Links“ zugerechnet werden, wurden auch tatsächlich verurteilt?
4. Wie viele linksextremistisch motivierte Straftaten gab es im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz, bzw. in wie vielen Fällen konnten Tatverdächtige ermittelt werden?
5. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über die „Deutsche Kommunistische Partei (DKP)“ und „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)“ in Rheinland-Pfalz vor?
6. Wie oft hat die Landesregierung den Bedarf von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen an Informationen und Aufklärung über Linksextremismus in den Jahren 2018, 2019 und 2020 abgefragt?
7. Wie ist der Sachstand bei der Präventionsagentur gegen Extremismus hinsichtlich der Erstellung einer Broschüre über den Linksextremismus, die einen fundierten Überblick über die jüngeren Entwicklungen in diesem Phänomenbereich ermöglicht?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. September 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der gesetzliche Auftrag der Verfassungsschutzbehörde beschränkt sich gemäß § 5 Landesverfassungsschutzgesetz auf die Beobachtung von Bestrebungen, die u. a. gegen die freiheitliche-demokratische Grundordnung gerichtet sind. Über andere politische Parteien bzw. Gruppierungen im Sinne der Fragestellung kann die Verfassungsschutzbehörde aus rechtlichen Gründen keine Auskunft geben.

Die Polizei Rheinland-Pfalz schützt die friedliche Ausübung des grundgesetzlich garantierten Versammlungsrechts. Sie erhebt und speichert personenbezogene Daten zu öffentlichen Versammlungen im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse. Das heißt, entsprechende Daten liegen insbesondere in Fällen eines unfriedlichen Verlaufs, bei Störungen oder dem Verdacht der Begehung von Straftaten vor.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen registrierte die Polizei Rheinland-Pfalz im Jahr 2019 sowie im ersten Halbjahr 2020 nur eine öffentliche Versammlung im Sinne der Fragestellung. Diese fand am 17. Januar 2020 in Mainz statt, Anmelder war die Gruppierung „Fridays for Future“. Die Polizei registrierte im Verlauf dieser Versammlung einige Straftaten, u. a. nach

dem Versammlungsgesetz. Die Beschuldigten rechnet sie der Gruppierung „Extinction Rebellion“, der Ultraszene Mainz sowie der Antifa-Szene zu.

Zu Frage 2:

Von den im Jahr 2019 eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Sinne der Fragestellung haben die Staatsanwaltschaften zwei Verfahren durch Anklageerhebung bzw. Beantragung eines Strafbefehls abgeschlossen. In drei Verfahren wurden die Angeklagten rechtskräftig zu Geldstrafen verurteilt.

Zu Frage 3:

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Frage auf das Jahr 2020 bezieht. Von den in der Antwort zu Frage 4 aufgeführten Ermittlungsverfahren haben die Staatsanwaltschaften zwei Verfahren durch Anklageerhebung bzw. Beantragung eines Strafbefehls abgeschlossen. In einem Verfahren erfolgte eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Geldstrafe.

Sollte tatsächlich das Jahr 2019 gemeint gewesen sein, wird auf die Antwort zu Frage 2 Bezug genommen.

Zu Frage 4:

Die Polizei Rheinland-Pfalz registrierte im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ zum Stichtag 1. September 2020 für das laufende Jahr insgesamt 107 dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität-Links zugeordnete Straftaten. In 24 Fällen konnten Tatverdächtige ermittelt werden.

Zu Frage 5:

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ und bekennt sich zu Theorien von Marx, Engels und Lenin als Anleitung für ihr Handeln. Sie hält unverändert an ihrem Ziel des Sozialismus und Kommunismus fest.

In Rheinland-Pfalz ist die DKP nach eigenen Angaben in den Ortsgruppen Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Landau, Mainz, Trier und Worms aktiv. Neben der Teilnahme an eigenen Versammlungen und Kundgebungen beteiligen sich Mitglieder der DKP auch an Veranstaltungen des bürgerlich-linken Spektrums.

Neue Parteimitglieder rekrutiert die DKP aus ihrer Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ). Die SDAJ gliedert sich auf Bundesebene in Landesverbände. Der Landesverband Rheinland-Pfalz besteht nach eigenen Angaben aus den Ortsgruppen Kreis Birkenfeld, Mainz, Trier und Landau. Zur Implementierung ihrer Forderungen in einem breiten öffentlichen Diskurs ist die SDAJ wie die DKP um einen Anschluss an das bürgerliche Spektrum bemüht.

Ergänzend wird auf die Beantwortung der Großen Anfrage Drucksache 17/11735 – Drucksache 17/12405 – sowie die Berichterstattung in den jährlichen Verfassungsschutzberichten verwiesen.

Zu Frage 6:

Eine Abfrage zu schulischen Bedarfen wird nicht zentral über die Schulverwaltung durchgeführt. Die Fortbildungsinstitute ermitteln den Bedarf u. a. über direkte Rückmeldungen der Schulleitungen und Lehrkräfte und über die kontinuierliche Evaluierung ihrer Programme. Das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz bietet wiederkehrend Lehrkräfteseminare zu den Themen Linksextremismus, Kommunismusgeschichte und allgemein zur Extremismusprävention an und vermittelt im Rahmen des Internetangebots der „Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung und Modellschulen für Partizipation und Demokratie“ weitergehende pädagogische Angebote. Die Schulen werden regelmäßig über diese Angebote informiert.

Die Landesregierung steht zudem zu allen Fragen der Weiterbildung im kontinuierlichen Austausch mit dem Landesbeirat für Weiterbildung und den Vertretungen der nach dem rheinland-pfälzischen Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungsträger. Ein Bedarf an weitergehenden Informationen und Aufklärung über Linksextremismus wurde seitens des Landesbeirats für Weiterbildung oder der anerkannten Weiterbildungsträger innerhalb des besagten Zeitraums nicht angemeldet.

Zu Frage 7:

Der Textentwurf der Broschüre zum Themenfeld „Linksextremismus“ wird derzeit erarbeitet. Die Veröffentlichung ist noch in diesem Jahr vorgesehen.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär